

# «Ich habe keine Lust, eine ideale Welt herbeizureden»



**WAHLEN** Simon Stocker will für die SP einen Sitz im Ständerat erobern. Er gilt als politisch moderat. Ist das nur Strategie? Wie links ist der SP-Kandidat?

## Interview: Mattias Greuter

**AZ** Simon Stocker, die EVP, eine konservative Mittepartei, empfiehlt neben Hannes Germann von der SVP auch Sie für den Ständerat. Was sagt das politisch über Sie aus?

**Simon Stocker** Die EVP hat sich wohl für zwei Empfehlungen entschieden, die eine gewisse Ausgewogenheit zum Ausdruck bringen sollen. Und ich denke, meine politische Ausrichtung war nicht der einzige Faktor: Die EVP schreibt ja, meine Amtsführung als Stadtrat habe sie überzeugt.

Vor drei Jahren, als die AZ Bilanz über Ihre Zeit als Stadtrat zog, beschrieben wir Sie als «eingemittelt». Stimmt das für Sie oder verstehen Sie sich als dezidiert linken Politiker? Ich finde, man muss zwei Dinge unterscheiden: Einerseits die Haltung, die politischen Werte,

die man vertritt, andererseits die Art und Weise oder der Stil, wie man Politik macht. Das wird oft durcheinandergebracht.

## Was meinen Sie damit?

Weil ich keinen oppositionellen Auftritt habe und keine Maximalforderungen stelle, nimmt man mich teilweise als nicht sehr links wahr. Meine Werte decken sich aber mit der SP-Linie, ich habe einfach einen anderen Ansatz. Ich habe keine Lust, eine ideale Welt herbeizureden, sondern mich interessieren konkrete Verbesserungen, die in meiner Lebenszeit umsetzbar sind.

Dank diesem gemässigten Stil soll der relativ konservative Kanton Schaffhausen also einen in seinen politischen Werten klar linken Städter in den Ständerat wählen? Wenn ich mit den Menschen spreche, höre ich:

Vor allem wollen sie jemanden im Ständerat, der sich für sie engagiert. Das ist für viele das Wichtigste.

Vielleicht müssen wir mit ein paar konkreten politischen Fragen aushandeln, wie weit links der Pragmatiker Simon Stocker steht. Gerne.

Der Ständerat hat die Prämienentlastungsinitiative der SP fast ohne Gegenstimme versenkt und sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen. Wie hätten Sie gestimmt? Natürlich für die Initiative. Sie will, dass niemand mehr als zehn Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien zahlen muss, dahinter stehe ich. Dass hier der Ständerat, ich meine speziell auch die SVP, schlicht und ergreifend nichts zu Stande bringt, nicht einmal einen handfesten Kompromiss anbietet, finde ich schockierend.

Ein Sozialziel von 10 Prozent Belastung durch die Prämienverbilligung geht sehr weit. Das wäre sehr teuer und ist auch kein Kompromiss.

Die bürgerliche Mehrheit im Ständerat hat es verpasst, der SP substanziell entgegenzukommen – darum bin ich für die Initiative. Die erneute Erhöhung der Prämien wird ab dem 1. Januar 2024 sehr viele Menschen stark belasten, darum braucht es schnelle und wirkungsvolle Massnahmen. Und ja, das wird etwas kosten.

Sie wollen die Energiewende «ohne Verbote» angehen. Das hört man sonst nur von rechts der Mitte.

Das Scheitern des CO<sub>2</sub>-Gesetzes war aus meiner Sicht ein Schuss vor den Bug. Damals habe gemerkt: Wenn man bei diesem Thema überbordert, verliert man viele Leute, die man braucht, um vorwärts zu kommen. Das Klimaschutzgesetz, das angenommen wurde, ist ein guter Kompromiss, der auf Förderung und Anreize setzt.

FDP-Ständeratskandidatin Nina Schärer hat der AZ fast genau das Gleiche gesagt. Ist es nicht bereits ein grosser Sieg für die Gegner einer progressiven Klimapolitik, wenn sich die SP auf kleine Schritte und pragmatische Forderungen beschränkt?

Ist es denn progressiv, wenn wir Benzinautos ab 2025 verbieten? Ich will, dass die Menschen daran glauben, dass wir an der Energiewende arbeiten, dass sie intrinsisch motiviert sind, einen Teil dazu beizutragen. Das ist mir wichtiger, wir müssen die Menschen erreichen. Darum greife ich weniger schnell zur Verbotskeule als andere. Aber ich schliesse Verbote auch nicht grundsätzlich aus.

Sie stehen auch für «einen fairen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen» ein. Müsste man aus linker Sicht nicht den interkantonalen Steuerwettbewerb, diese Spirale nach unten, grundsätzlich ablehnen?

In meiner Wertevorstellung ist es durchaus erstrebenswert, den Steuerwettbewerb zwischen Kantonen zu begrenzen. Aber zu Ende gedacht würde das heissen, wir müssten dafür kämpfen, die Steuerhoheit der Kantone aufzugeben. Das ist politisch nicht durchzubringen, das werde ich nicht mehr erleben. Darum möchte ich meine Zeit und Kraft nicht dafür einsetzen, sondern lieber für erreichbare Ziele. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ist dafür ein gutes Beispiel, sie wird im Bereich der Unternehmenssteuern eine Harmonisierung bewirken.

Im Ständerat würden Sie einen Kanton vertreten, der die Umsetzung dieses Kompromisses aktiv untergräbt, indem er seine Unternehmenssteuern im Alleingang anpasst, um nichts in den gemeinsamen Topf zahlen zu müssen. Wie stehen Sie dazu?

Natürlich wäre es schön gewesen, wenn die Kantone wie geplant gemeinsam vorgegangen wären. Dieser Weg, den der Kanton Schaffhausen einschlägt, ist ja auch innerhalb der SP umstritten. Es geht aber auch darum, über die zusätzlichen Einnahmen aus Steuern grosser Konzerne sofort verfügen zu können. Darum kann ich, der zeitlichen Not gehorchend, diesen Weg mittragen.

Zur Aussenpolitik steht in Ihrem Flyer: Sie wollen, dass die Schweiz ihre «Neutralitäts- und Sicherheitspolitik erneuert» und «einen aktiven Beitrag zum Frieden leistet». Das kann alles und nichts heissen.

Bis vor kurzem war die Position der Schweizer Politik, der Generation Minder und Germann: Wenn es einen Konflikt gibt, machen wir Augen, Nase und Ohren zu und halten uns aus allem raus, während wir gleichzeitig mit allen Geschäfte machen. Das geht für mich nicht mehr. Wenn Völkerrecht verletzt

wird, muss sich die Schweiz hinter die Opfer stellen, im aktuellen Fall hinter die Ukraine. Ohne Rücksicht auf finanzielle Interessen. Darum war es richtig, die Sanktionen der EU zu übernehmen.

«Wir müssen die Menschen erreichen. Darum greife ich nicht gern zur Verbotskeule.»

Das ist mir noch zu wenig Konkret. Sind Sie für Waffenlieferungen an die Ukraine? Grundsätzlich sind Waffenlieferungen in Konfliktgebiete verboten, und das ist gut so. Aber Ausnahmen sollten möglich sein. Die SP hat es ja versucht mit dem Vorschlag, dass Waffen geliefert werden dürften, wenn die UNO-Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit eine Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots feststellt. Das wäre, als Grundlage für Ausnahmen, ein gutes Beispiel für einen Kompromiss.





Die AZ hat Simon Stocker als «politisches Scherengewicht» bezeichnet, was beim Fototermin Anlass zu Spässen gibt.  
Fotos: Robin Kohler

**Letzte Frage zu Ihrer politischen Positionierung: Wen schreiben Sie bei der Ständeratswahl auf die zweite Linie?**

## Simon Stocker

Der 40-jährige Ständeratskandidat der SP war vor 20 Jahren einer der Gründer der AL. Nach zwei Jahren im Grossen Stadtrat wurde er 2008 zusätzlich überraschend in den Stadtschulrat gewählt. Die eigentliche Sensation gelang ihm 2012 mit bei der Wahl in den Stadtrat, dem er acht Jahre lang als Sozialreferent angehörte.

Nach seinem Rücktritt Ende 2020 baute Stocker beim Verein Gerontologie Schweiz die Fachstelle Alterspolitik und das Projekt «Altersfreundliche Gemeinde» auf, für die er Gemeinden und Kantone in ihrer Alterspolitik berät.

Simon Stocker ist verheiratet und hat einen dreijährigen Sohn.

Ich habe Lisa Brühlmann von den Jungen Grünen gewählt. Sie wollen mit dieser Frage herausfinden, wie ich zu FDP-Kandidatin Nina Schärker stehe. Ich schätze sie sehr, sie ist in ihren Positionen mutig und eigenständig. Aber natürlich ist mir Lisa Brühlmann politisch näher.

**Sie haben die Bilderbuchkarriere eines linken Politikers gemacht: Aktivist für das Schaffhauser Nachtleben, AL-Mitgründer, Grossstadtrat, Stadtschulrat, Stadtrat. Dann haben Sie 2020 alles hingeschmissen. Warum eigentlich?**

Ich lasse mich im Leben alle paar Jahre auf ein Abenteuer ein. 2012 hatte ich mich gerade selbstständig gemacht, als Jeanette Storrer (damals FDP-Stadträtin, Anm. d. Red.) ihren Rücktritt bekannt gab. Ich habe überlegt und gemerkt: Doch, auf dieses Abenteuer hätte ich Lust. Also habe ich für den Stadtrat kandidiert. Im Jahr 2020 dann, ich war seit zwei Jahren mit meiner heutigen Frau Freda zusammen und der Entscheid hatte viel mit ihr zu tun, war der Moment da, wieder etwas Neues zu machen.

Ich bin nicht esoterisch veranlagt, aber ich habe das Gefühl, manchmal erkenne ich ein Momentum und habe die Fähigkeit, es zu nutzen. Aktuell gibt es dieses Momentum

auch, und ich halte die Überraschung für realistisch. Sonst wäre ich nicht für den Ständerat angetreten.

**Das merkt man auch Ihrer Kampfkasse an: Mit über 140 000 Franken haben Sie das grösste Budget in diesem Wahlkampf. Die SP, die sonst gern über die enormen Mittel der SVP schimpft, wirft doppelt so viel Geld in den Ring wie die SVP für Hannes Germann.**

Hinter diesem Budget stehen Leute und Organisationen, die daran glauben, dass ich es schaffe: die SP Schweiz, die 40 000 Franken beisteuert, und enorm viele Einzelspender. Das ist für mich ein Signal, dass man mir die Überraschung zutraut.

**Was machen Sie, wenn es nicht reicht?**  
Dann setze ich voll auf meine Arbeit für Gerontologie Schweiz.

**Eine Kandidatur bei den Regierungsratswahlen nächstes Jahr ist also ausgeschlossen?**

Ja. Der Regierungsrat kommt für mich aktuell nicht in Frage, schon wegen des Pensums nicht. Freitags bin ich mit meinem dreijährigen Sohn Theo zu Hause, das ist mir wichtig. Der Ständerat ist das Amt, das mich interessiert.